

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Preis pro Quartal 1,80 RM, jährlich 5,40 RM. Einzelnummern 10 Pf. Die Abonnenten sind zu bezahlen, unter Umständen an den Postämtern. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Preis pro Quartal 1,20 RM, jährlich 3,60 RM. Einzelnummern 6 Pf. Die Abonnenten sind zu bezahlen, unter Umständen an den Postämtern. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6



Angewandte Druckerei des Wilsdruffer Bezirks. Die Druckerei des Wilsdruffer Bezirks ist in der Lage, alle Arten von Drucken auszuführen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 4 — 94. Jahrgang Teleg.-Nr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 5. Januar 1935

## Druck und Gegendruck.

Scheindiplomatie. — Ordnung im eigenen Hause. Tausch dem Führer.

Kann es uns Deutschen denn überhaupt nur noch ein Schlüsselwort abdrücken, wenn überall dort in der Welt, zum mindesten in Europa, wo sich irgendwelche politische Schwierigkeiten bemerkbar machen, sehr vorsehnlich und mit einer geradezu kalten Selbstverständlichkeit die deutsche Politik als „der Störenfried“ bezeichnet wird? Gewöhnlich haben wir uns freilich immer noch nicht daran, daß gewisse Staatsmänner oder recht maßgebliche Politiker offen oder mit nimmisverständlichem Kunstzirkeln der Augenbrauen allerlei „deutsche Intrigen“ vermuten lassen, wenn der überlastete Karren ihrer diplomatischen Bemühungen wieder einmal festengeblieben ist, oder sich nur mühsam vorwärtsquält. Es läßt sich aber schlecht fahren, wenn man allzu viele Wünsche, Erwartungen, Verschleisse, Vereinbarungen usw. auf einen Karren packt und obendrein noch so gewisse Heimlichkeiten hinaufpraktiziert, die bei dieser Gelegenheit gleich auch mit zum Ziel befördert werden sollen. Bisweilen fällt dann aber zu unangenehmer Zeit doch ein Stückchen Heimlichkeit vom Karren der internationalen Diplomatie herunter. Das war schon geschehen bei den Verhandlungen zwischen Frankreich und Sowjetrußland, als da plötzlich allerhand Indiskretionen über sehr weitgehende militärische Vereinbarungen zwischen den beiden Staaten aufstauten. Aber das diplomatische Spiel zwischen Rom, Paris, London, Wien und der Kleinen Entente bis hinüber nach der Türkei hat man mit größerer Vorsicht und hinter möglichst festgeschlossenen Türen getrieben. Aber wie eine Sage aus dem grauesten Altertum lautet es an, daß sich unter Biffons vierzehn Punkten, die angeblich die ganze Welt einschließlich des europäischen Kontinents neu ordnen sollten, sich auch einer befanden hat, der die Abschaffung der Scheindiplomatie forderte, weil diese doch die Welt nur in den Krieg hineingeführt hätte. Sechzehnjährige Erfahrungen haben uns Deutschen den letzten Rest von Illusionen geraubt, die vielleicht daran glauben wollten, was sich amerikanische Professorenweltweit erträumte. Und gerade in letzter und allerletzter Zeit hat es Deutschland immer wieder mit angefallen, daß die ausländischen Diplomaten mehr denn je „ihre Gewerbe im Umherziehen betreiben“ und daß der Karren, der nun nach Rom geschoben und gesetzt wurde, sorgfältig den Weg um die europäische Zentralmacht herumgewählt hat, also um Deutschland herum. Das ist nicht das erstemal geschehen. Nur vermeide man es draußen unsere Willensentscheidung hinterher kommandieren zu wollen! Mit dem neuen Deutschland hat das Ausland schon einige Erfahrungen gemacht, die wesentlich anderer Natur sind als die früheren, die für das Ausland freilich sehr viel — bequemer waren!

Ein „Erfolg“ freilich hat diese Scheindiplomatie der „Spannungsmache“ unbedingt zu verzeichnen, und er verdient es, gerade beim Jahreswechsel erwähnt zu werden: die politische Unruhe, mit der die Welt im allgemeinen und „unser Kontinent, der alte“, insbesondere erfüllt wurden, hat dazu geführt, daß die zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen sich um nichts gebessert haben. Hier ist der Tiefstand, auf den die Krise diese Beziehungen vor fünf Jahren hinunterdrückte, nicht um Haarsbreite verlassen worden. Und diesen Tiefstand des internationalen Warenaustausches kennzeichnet wohl am deutlichsten die eine Tatsache: dem Werte nach ist er seit 1929, seit dem großen New Yorker Börsensturz, der die Krise einleitete, auf genau ein Drittel seines damaligen Standes zurückgegangen. Auch hier hatte Deutschland als europäische Zentralmacht und typischer Verarbeitungstand besonders schwer zu leiden. Uns stehen nicht die großen „Wirtschaftsräume“ zur Verfügung wie den Engländern und den Russen, den Franzosen und den Amerikanern. Wir können und wollen nicht aller Welt mit den Mitteln Konkurrenz machen, die die Japaner einsehen. Aber wenn der deutsche Vertreter auf der letzten, sicherlich allerletzten Weltwirtschaftskonferenz erklärte, zunächst möchte einmal jeder Staat wirtschaftlich sein eigenes Haus in Ordnung bringen, ehe man an einen Wiederaufbau nationaler Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Völkern herangehen könne, so ist auch hier die deutsche Arbeit im eigenen Haus durch eines noch stark beschleunigt worden: durch den Druck, unter den das Ausland wirtschaftlich, aber nicht zuletzt vom politischen Gesichtspunkt aus, unser Deutschland gesetzt hat.

Auch Sprichwörter sind bisweilen richtig! Der politische und der wirtschaftliche Druck von außen her auf ein Deutschland, das nicht mehr so ist, wie es dem Ausland bequem war, und das nur nach seinem eigenen Vollen entsprechend denkt, handelt und unterläßt, hat den von diesem neuen Deutschland kommenden Gegendruck nur noch verstärken können. Man mag im Ausland, wo

## Die Saar nach dem 13. Januar.

London, 4. Januar. Der Saarbevollmächtigte des Reichskanzlers, Gauleiter Büchel, hat einem Spezialkorrespondenten von Reuters in Reusstadt ein Interview gewährt. Zu der das Ausland besonders interessierenden Frage, was mit den Vertretern des Status quo im Saargebiet nach dem 13. Januar geschehen würde, hat er sich dahin geäußert, daß das in Rom abgeschlossene Abkommen selbstverständlich strikt befolgt würde, und daß die Vertreter des Status quo, die in den vergangenen drei Jahren im Saargebiet gelebt hätten, abstimmberechtigt oder nicht, den versprochenen staatlichen Schutz erhalten würden. „Wir haben auf jeden Fall“, erklärte Herr Büchel, „nicht die leiseste Absicht, internationale Komplikationen um eines May Braun willen heranzubekommen.“ Herr Büchel betonte andererseits, daß Leute wie der frühere Reichstagsabgeordnete Ambusch, die immer seit drei Jahren im Saargebiet gelebt hätten noch abstimmberechtigt seien, aber trotzdem gegen Deutschland gehen würden, erwarten müßten, wegen Landesvertrates angeklagt zu werden, wenn sie es nicht vorziehen, nach dem 13. Januar dem Saargebiet den Rücken zu kehren. „Es war nicht unser Fehler, daß das Saargebiet eine Arena für politische Verwerfungen wurde. Unglücklicherweise hatte der Völkerverbund nichts dagegen, daß Leute sich in die Abstimmung einmischten, die gar nichts mit ihr zu tun hatten. Es ist jetzt, folgerte Herr Büchel, meiner Meinung nach nun auch Aufgabe des Völkerverbundes, für diese Leute, die nach dem 13. Januar das Saargebiet zu verlassen wünschen, ein Unterkommen zu finden. Es gibt ja genug große und kleine Mandatsgebiete, wo diese Leute Raum für ihre Tätigkeit finden könnten. Vielleicht lassen die Vereinigten Staaten eine besondere Einwanderungsquote zu“, schloß Herr Büchel ironisch. Er betonte jedoch nachdrücklich, daß er und die deutsche Regierung Wert darauf legen, ein neues Kapitel an der Saar zu beginnen und die Vergangenheit als abgeschlossen zu betrachten. „Nach dem 13. Januar wird die Welt keinerlei Grund mehr haben, über die Saar zu sprechen, da dann das Problem ein für alle Mal gelöst sein wird.“ Deutschlands Gesetze würden auf dem Gebiet eingeführt werden, und zwar als erstes die sozialen Arbeitsgesetze. Recht und Ordnung würden seiner Ueberzeugung nach an der Saar vor und nach dem 13. Januar aufrecht erhalten werden. Denn die Deutsche Front hätte ihren Mitgliedern strikte Disziplin auferlegt. Alle Anstrengungen, von Kommunisten und Emigranten, Unruhe heranzurufen, würden an dieser Disziplin scheitern. Eher würde sich Herr Büchel gegen die Unterstellung, als erfüllte ein Teil der saarländischen Polizei nicht neutral ihre Pflichten, als ordentliche Deutsche fühlen sie natürlich deutsch, ebenso wie ein englischer Polizist englisch fühlt. Aber die Tatsache, daß ein Polizeioffizier im Saargebiet Emigranten tätig seien, sei eine gefährliche Herausforderung der Einwohnerlichkeit, eine Tatsache, die nicht genug beachtet worden sei. Immerhin gab Herr Büchel der Hoffnung Ausdruck, daß in der letzten Minute noch eine Änderung an diesem Zustand erfolgen würde.

Was die zweite Abstimmung angeht, so erklärte der Saarbevollmächtigte, daß die diesbezügliche Propaganda der Separatistenfront unerbittlich sei. Denn sie verweigert die Tatsache, daß abgesehen von der vagen Möglichkeit einer weiteren Abstimmung, die sich vorbereiten werden könnten, welche die Gefahren für den Frieden erhöhen müßten. „Wie das ganze deutsche Volk“, so schloß Herr Büchel, „wollen auch die Saarländer noch so vielen Jahren endlich Frieden, und zwar einen dauerhaften Frieden.“

man so oft und mit unfehlbarer Sicherheit auf Tag, Stunde und Minute genau den politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands „prophezeit“ hätte, in der Kundgebung der deutschen Führerschaft vor Adolf Hitler etwas Überraschendes sehen und — „der alte Brauch“ wird nicht gebrochen — voraussichtlich auch allerhand hinein: „müssen wollen. Für uns Deutsche von heute ist dabei nichts an Überraschendem, nichts an Geheimnisvollem! Sondern das, was namens der Führerschaft von dem preußischen Ministerpräsidenten dem Führer und Reichskanzler gesagt wurde, ist für die deutsche Nation zur Selbstverständlichkeit geworden. Jenem Druck von außen her stellen wir den Gegendruck unserer endlich errungenen Einheit eines Volkes von 65 Millionen entgegen; und das Ausland hat es gehört: „Sie sollen nicht denken, daß sie einen von uns allein vor sich haben, sondern sie müssen alle wissen: In der Verteidigung der deutschen Ehre und in der Verteidigung des Friedens und der Lebensinteressen der Nation haben sie die ganze deutsche Nation, den ganzen deutschen Staat als eine verschworene Gemeinschaft sich gegenüber.“

## Wie Krog die Abstimmung „vorbereitet“.

Durch Hausdurchsuchungen und Pflichtverletzungen. Die landfremde Saarregierung hat die erste Antwort auf die letzte Mahnung der Deutschen Front an den Präsidenten Krog, sich unbedingt neutral zu verhalten, dadurch erteilt, daß der Leiter der Kriminalpolizei in Saarbrücken, Lommerheim, im Auftrag der Regierungskommission neue Hausdurchsuchungen bei führenden Männern der Deutschen Front begonnen hat. Dabei wurde die Wohnung eines Vereisten einfach aufgebrochen. Die Absicht der Regierungskommission, einseitig die landfremden Gegner des deutschen Volkes zu bevorzugen, ergibt sich auch aus dem Verhalten gegenüber dem Verlangen der Deutschen Front, eine große Kundgebung unter freiem Himmel für kommenden Sonntag zu genehmigen. Der zuständige Beamte hat den Antrag zehn Tage lang liegen lassen. Jetzt wird behauptet, daß der Antrag „zu spät“ gestellt sei. Verhandlungen haben noch kein Ergebnis gehabt, obwohl die Deutsche Front bereits fünfzig Sonderzüge bestellt hat und sich bereit erklärt hat, die Kundgebung am frühen Vormittag abzuhalten, daß sie bis 12 Uhr mittags beendet ist. Obwohl die Regierungskommission im Besitz aller Einzelheiten über die Vorbereitungen der Kommunisten für weitgehende Störungen ist, hat sie bisher keinerlei kriminalpolizeiliche Sicherungen angeordnet.

Gestern nacht ist es wieder zu einem schweren Überfall gekommen. Zwei Motorradfahrer hatten in der Nähe von Reuskirchen eine Panne. Sie wurden, als sie keine des Motorrades flicken, von 30 Kommunisten überfallen. Bei den Verwundeten wurden Vieh, Stroh- und Dikwunden festgesteckt. Der neue Überfall hat im Saargebiet große Erregung hervorgerufen.

## Die Massenkundgebung der Deutschen Front genehmigt.

Die Genehmigung für die Abhaltung der geplanten Massenkundgebung der Deutschen Front ist nunmehr erteilt worden. Der Aufmarsch findet am Sonntag, dem 6. Januar, vormittags 10 Uhr, auf dem Wiesenfeld von St. Arnual bei Saarbrücken statt.

Der Polizeipräsident hat, wie sich nachträglich herausgestellt hat, zehn Tage lang vergeblich versucht, den ihm ordnungsgemäß eingereichten Antrag bei der Regierungskommission zur Weiterbehandlung anzubringen. Der französische Direktor der Regierungskommission, Heimburger, wollte die Kundgebung der Deutschen Front mit der Begründung ablehnen, daß es zu Zusammenstößen in Saarbrücken oder auch bei den Fahrten der Sonderzüge kommen könnte. Die Kundgebung wurde von der Regierungskommission und dem Polizeipräsidenten aber nur unter besonders erschwerten Bedingungen genehmigt. Die Deutsche Front mußte sich damit einverstanden erklären, daß die Kundgebung auf den Wiesen von St. Arnual, dem Flughafen von Saarbrücken, stattfinden, obwohl dieses Gelände für einen Massenaufmarsch ziemlich ungeeignet ist. Der Platz ist so ungeheuer groß, daß ungefähr zwei Millionen Menschen versammelt werden könnten. Die Deutsche Front hat auf Grund der schon seit Tagen betriebenen Vorarbeiten nunmehr in aller Eile 80 Sonderzüge bei der Saarbrücker Eisenbahndirektion angefordert. Auch hier sind Schwierigkeiten entstanden.

Der separatistische Präsident der Eisenbahndirektion, Widlauf, behauptet, nicht über genügend Material zu verfügen, weil er am Nachmittag auch Sonderzüge für die Kundgebung der Kommunisten und der Einheitsfront stellen müsse.

Bei der Kundgebung dürfen Fahnen nicht mitgeführt werden. Tribünen können wegen der kurzen Zeit nicht mehr errichtet werden. Die Kundgebung muß um 12 Uhr mittags beendet sein. Den Nachmittag haben dann die Kommunisten für ihre Kundgebung frei.

Noch 8 Tage bis zur Saarabstimmung!